



Nr. 2/2008

Mitgliederinformation

Berlin, Mai 2008

Liebe Mitglieder,

auch und gerade als Polizeibeamter im Ruhestand verfolge ich mit großer Sorge, dass es in weiten Kreisen der jüngeren, vorwiegend männlichen Bevölkerung offensichtlich immer mehr „dazugehört“, gewaltsame Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte zu begehen.

Entweder provozieren die Täter entsprechende Gelegenheiten (etwa durch Zusammenrottungen, Anpöbeln, Anrempeln, Beschimpfen von Polizeibeamten) oder sie greifen die Dienstkräfte bei einem polizeilichen Einschreiten (wie etwa Festnahmen, Streitschlichtungen, Verkehrsunfallaufnahmen) an und schlagen auf sie ein – bis hin zum Gebrauch von Stöcken, Zangen, Messern und dergleichen, wobei die Polizei eine fortschreitende Brutalisierung beobachtet.

Dieses Phänomen tritt – wie die Polizeiliche Kriminalstatistik belegt – im Wesentlichen in Ballungszentren auf; auch andere Großstadtpolizeien sind davon betroffen. Allerdings ist die Bundeshauptstadt Berlin mit bis zu zehn (!) angezeigten Angriffen auf Polizeibeamte pro Tag (!) absoluter „Spitzenreiter“ im Negativen.

Die Täter sind vielfach Jugendliche und Jungerwachsene, zum großen Teil solche mit Migrationshintergrund. Zunehmend sind völlige Respektlosigkeit gegenüber der Polizei und die Nichtakzeptanz jeglicher staatlicher Ordnung festzustellen, so dass bei Berichten über derartige Vorfälle in den Medien Überschriften wie beispielsweise „Polizisten werden immer öfter zu Freiwild“ (Berliner Morgenpost vom 20. Januar 2008) keine Seltenheit mehr sind.

Um dieser Situation adäquat und nachhaltig zu begegnen,

- muss im Rahmen der Erziehung in Familie und Schule auf die Vermittlung von Recht und Gesetz wieder allergrößter Wert gelegt werden,
- müssen Angriffe auf Polizeibeamte konsequent verfolgt und im Rahmen des rechtlich Möglichen bestraft werden

und

- benötigen Polizei und Justiz ausreichend Personal; Stellenstreichungen sind und waren der falsche Weg!

Ihr

Gert Wildenhein

Verein

JAHRESSITZUNG DES GESAMTVORSTANDES DER ISVK IN JENA: FEHLENDE ZAHLUNGSZUWEISUNGEN GEFÄHRDEN WEITERE FÖRDERUNGSTÄTIGKEIT



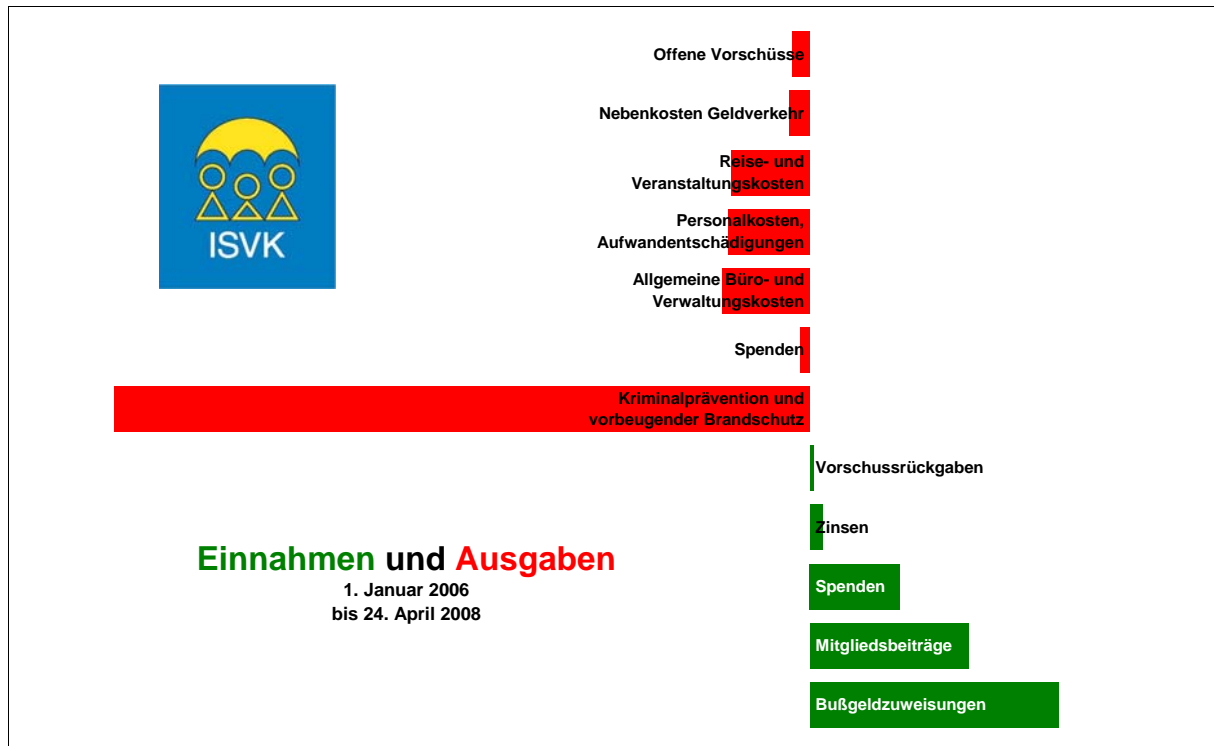
Der Gesamtvorstand der ISVK nach Abschluss seiner Jahressitzung. Das Bild zeigt (v. l. n. r.) sitzend Achim Bornemann (Vertreter des Schatzmeisters), Winfried Roll (1. Geschäftsführer), Dr. Susanne Staral (2. Stellvertreterin des Vorsitzenden), Gert Wildenhein (Vorsitzender) und Prof. Heinz Jankowiak (1. Stellvertreter des Vorsitzenden) sowie dahinter stehend Bernd Bories (Vertreter des Protokollführers), Derk van Berkum (Beisitzer Projektgruppe), Jörg Scheibe (Regionalbeauftragter Thüringen), Wilfried Bury (Regionalbeauftragter Niedersachsen), Jürgen Rose (Beisitzer Internet), Frank Thiele (Beisitzer Projektgruppe) und Peter Butze (Schatzmeister).
Foto: Bernd Bories

Am 17. Mai 2008 trat der Gesamtvorstand der Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK) e.V. in Jena zu seiner turnusmäßigen Jahressitzung zusammen, die unser Regionalbeauftragter Thüringen, Jörg Scheibe, organisatorisch vorbereitet hatte. Der Vorsitzende, Gert Wildenhein, sprach gleich in seinem einleitenden Bericht das Problem ausbleibender Zahlungszuweisungen seitens der Justiz an, das unsere ISVK existenziell gefährdet: „Anfang 2006 standen dem Verein noch gut 69.000 € zur Verfügung, derzeit sind es nur noch rund 17.000 €, davon sind aber schon 3.500 € für Förderungen im weiteren Verlauf dieses Jahres zurückgestellt. Wenn diese Entwicklung nicht umgekehrt werden kann, ist der Zeitpunkt absehbar, zu dem die ISVK ihre Fördertätigkeit ganz einstellen muss.“

Wie Gert Wildenhein dazu deutlich machte, mussten in den letzten beiden Jahren „Förderungsanträge immer wieder im Betrag gekürzt oder ganz abgelehnt werden, weil wir praktisch ‚von der Substanz‘ der einmaligen großen Zuweisung der Berliner Justiz aus dem Jahre 2005 leben und diese allmählich aufzehren“. Neben dem glücklicherweise halbwegs stabilen Mitgliederbestand (185 Mitglieder) nannte er als günstige Entwicklungen die Modernisierung unseres Internetauftritts, die Kooperation mit dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention und mit WSD Pro Child e.V., welche mit unserem Internetauftritt verlinkt sind, sowie einige doch noch erfolgreiche Akquisitionen von Spenden und Zahlungszuweisungen der Justiz. Hierfür dankte der Vorsitzende dem Beisitzer Internet, Jürgen Rose, sowie den Kollegen Kurt Maier (Regionalbeauftragter Hessen), Jörg Scheibe (Regionalbeauftragter Thüringen) und Wilfried Bury (Regionalbeauftragter Niedersachsen) ausdrücklich.

Impressum „Schutz vor Kriminalität“ – Mitgliederinformation der ISVK
Eigendruck im Selbstverlag – Redaktion: KD a.D. Winfried Roll
Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK) e.V., c/o Poststelle LKA St 5219 (4)
Otto-Braun-Straße 27, 10178 Berlin
Telefon/Telefax: 030 2473548 – E-Mail: post@isvk.de – Internet: www.isvk.de

Auch der Schatzmeister, Peter Butze, stellte in seinem Bericht für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 24. April 2008 die kritische Relation der Einnahmen zu den Ausgaben in den Vordergrund: Die ISVK nahm in dieser Zeit rund 52.610 € ein (darunter rund 25.522 € aus Zahlungszuweisungen der Justiz, rund 16.219 € an Mitgliedsbeiträgen und 9.255 € an Spenden), gab aber rund 101.444 € und somit fast das Doppelte aus! Der Hauptteil der Ausgaben (rund 71.231 €) – über 70 Prozent – floss in die satzungsgemäße Förderung der Kriminalprävention und des vorbeugenden Brandschutzes, weitere 1.000 € wurden als Spende ausgereicht, und ein Posten von rund 1.802 € betrifft offene Vorschüsse. Rund 27.411 € – 27 Prozent – der Ausgaben waren Büro-, Verwaltungs-, Personal- und Veranstaltungskosten, was für einen gemeinnützigen Verein eine angemessen bescheidene Quote ausmacht.



Von den zugewiesenen Zahlungsaufträgen (rund 25.522 €) gingen im Jahre 2006 nur rund 8.912 € ein, was einen historischen Tiefststand des entsprechenden Mittelzuflusses markierte. Im Jahre 2007 flossen uns 12.710 € zu, und die 3.900 € aus den ersten vier Monaten des laufenden Jahres lassen hochgerechnet nicht einmal dieses Ergebnis erwarten! Rund 32 Prozent der zugewiesenen Mittel kamen aus Thüringen, gut 27 Prozent aus Hessen und fast 23 Prozent aus Niedersachsen – damit stellten allein diese drei Länder über vier Fünftel des Mittelzuflusses. Für das restliche knappe Fünftel sorgten Brandenburg mit knapp acht Prozent, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt mit je rund dreieinhalb Prozent sowie das „Schlusslicht“ Berlin mit drei Prozent des Zuweisungsaufkommens.

Der 1. Geschäftsführer, Winfried Roll, erwähnte in seinem Bericht die monatliche Aufwandsentschädigung von 200 €, die ihm der Geschäftsführende Vorstand seit Juli 2007 gewährt; da es sich aber um keine hauptamtliche Anstellung handelt, brauchte der Gesamtvorstand hierüber nicht zu beschließen.

Für den Bereich seiner Geschäftsstellenarbeit resümierte er die Modernisierungen im Bürobetrieb, die sich bewährt haben, und skizzierte die bevorstehenden Probleme beim eigentlich schon für 2007 angekündigten Auszug der Geschäftsstelle aus dem Polizeidienstgebäude Otto-Braun-Straße, das total restauriert und anschließend anderweitig genutzt werden soll. Zur Öffentlichkeitsarbeit wies der 1. Geschäftsführer auf das neue blau-gelbe Corporate Design unseres Internetauftritts sowie aller unserer Werbemittel und Medien hin; lediglich der Bestand an „alten“ Brief- und gedruckten Mantelbögen unserer Mitgliederinformation wird aus Kostengründen weiter verwendet. Die weitestgehende Umstellung der Mitgliederinformation auf elektronische Newsletter bleibt dabei ein wichtiges Einsparungsziel.

Trotz nur rund 52.610 € Einnahmen von Anfang 2006 bis Ende April 2008 wurden in diesen über zwei Jahren rund 71.231 € zur satzungsgemäßen Förderung kriminalpräventiver Projekte und des vorbeugenden Brandschutzes aufgewendet; das bedeutete: Wir mussten frühere Einnahmen verwenden und auf „die Substanz“ zurückgreifen. Schwerpunkte der Förderung waren die Ausschreibungen zu gewaltpräventiven Projekten an Berliner Grundschulen über die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, die in den letzten beiden Jahren mit insgesamt 17.500 € dotiert wurden, die Unterstützung des Projekts „Hauen ist doof“ in unserem Gastgeberland Thüringen mit jährlich 3.000 € und die Stiftung je eines

Sonderpreises (zusammen 2.000 €) zum jährlichen Berliner Präventionspreis. Angesichts äußerst knapper Mittel werden zunehmend nur noch Projekte gefördert, die ihre Wirksamkeit durch Evaluation nachgewiesen haben; bisweilen wird neuerdings auch die Ausreichung eines Restbetrages der Förderung an die Bedingung der Vorlage einer Evaluation geknüpft.

Frank Thiele und Derk von Berkum, Beisitzer Projektgruppe, skizzierten für ihren Bericht an der Tafel die netzwerkähnlichen Verbindungen, die unsere ISVK mit ihrem Präventionskonzept in Deutschland und zu einigen Standorten in Europa pflegt: Im akademischen Bereich gab und gibt es Formen der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, der Universität von Amsterdam und der Universität Zürich, für die praktische Arbeit bestehen vor allem Kontakte nach Hessen und nach Niedersachsen. Unsere Anti-Gewalt-Trainings mit Schul- oder Vorschulkindern auf der Grundlage unseres modularen, wissenschaftlich abgesicherten Präventionskonzepts finden gerade hier, im ländlichen Bereich, jene Aufmerksamkeit und Presseresonanz, die in der Bundeshauptstadt offenbar nicht zu erreichen sind.



Manfred Lang (an der Teilnahme verhindert), Regionalbeauftragter Brandenburg, stellte in seinem Tätigkeitsbericht seine Mitarbeit in der AG 4 (Opferschutz/Opferhilfe) des Landespräventionsrats Brandenburg sowie seine Kontakte zu Staatsanwälten, Richtern und leitenden Mitarbeitern der Polizei dar. Angesichts von nur 2.000 € an zugewiesenen Zahlungsaufgaben der brandenburgischen Justiz im Berichtszeitraum beklagte auch er den zu geringen Mittelzufluss aus seinem Lande, den er durch weitere Gespräche mit Staatsanwälten und Richtern sowie mit Ermittlungsbeamten aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität künftig zu steigern versuchen wird.

Der Tätigkeitsbericht von Kurt Maier (an der Teilnahme verhindert), Regionalbeauftragter Hessen, listete für die Zeit seit März 2007 etliche seiner überaus vielseitigen Aktivitäten auf, die im Verlauf der Sitzung schon von anderen Teilnehmern gewürdigt worden waren – so etwa seine erfolgreiche Spendenakquisition, mehrere Anti-Gewalt-Trainings an Kindertagesstätten sowie Förderungen der örtlichen Polizeiarbeit oder lokaler Präventionsprojekte, über die in der regionalen Presse stets ausführlich berichtet wurde und dank seiner guten Pressekontakte wohl auch weiter berichtet werden wird. Eine mögliche Entlastung unseres Projektleiters Frank Thiele bei der Durchführung künftiger Anti-Gewalt-Trainings zeichnet sich durch die Einbeziehung des Trainers Frank Durst aus Reiskirchen ab, dessen Wing-Tsun-Konzeption mit unserem modularen Präventionskonzept kompatibel ist.



Wilfried Bury, Regionalbeauftragter Niedersachsen, nannte in seinem Tätigkeitsbericht einige von der ISVK geförderte Projekte und Anti-Gewalt-Trainings vor allem im Grundschulbereich, die ebenfalls ein gutes Presseecho fanden. Zur Herausstellung der stark regionalen Bezüge seiner Arbeit schlug er vor, dem Begriff „Regionalbeauftragter“ einen ortsbezogenen Zusatz anzufügen. Gerade in einem großen Flächenland wie Niedersachsen werde er mit seinem Tätigkeitsschwerpunkt im Großraum Osnabrück als landesweiter Regionalbeauftragter in weiter entfernten Städten praktisch nicht wahrgenommen, wohingegen eine ortbezogene Zusatzbezeichnung die Bekanntheit und Akzeptanz im eigenen Bereich durchaus noch fördern könnte.

Auch die Tätigkeit von Jörg Scheibe, Regionalbeauftragter Thüringen, brauchte dem Gesamtvorstand nicht noch einmal detailliert vorgetragen zu werden: Die von anderen Vorstandsmitgliedern schon erwähnten Akquisitionen von Zahlungsaufgaben der Thüringer Justiz im Gesamtbetrag von fast 8.175 € (knapp ein Drittel dieses Mittelaufkommens!), Förderungen regionaler Projekte – insbesondere von „Hauen ist doof“ in Jena – mit 6.700 €, erfolgreiche Pressearbeit selbst zu einer minimalen Förderung von 200 € und nicht zuletzt die organisatorische Vorbereitung und Ausrichtung des aktuellen Treffens des Gesamtvorstandes waren Beleg genug für seine engagierte und erfolgreiche Arbeit.



Auf Anregung von Dr. Susanne Staral, 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden, verständigte sich der Gesamtvorstand zum Vorschlag von Wilfried Bury auf die Bezeichnung „Regionalbüro“, wenn ein Ortsbezug hergestellt werden soll; Wilfried Bury wird also künftig als „Regionalbeauftragter Niedersachsen – Regionalbüro Osnabrück“ firmieren. Den anderen Regionalbeauftragten steht die Verwendung des entsprechenden Zusatzes unter Nennung etwa ihres Landkreises oder der Großgemeinde ihres Einzugsbereichs frei, sofern sie hierfür Bedarf erkennen.

Zu der alles beherrschenden Frage, wie die Zuweisung von Zahlungsaufgaben der Justiz gesteigert werden könnte, hatte Kurt Maier, Regionalbeauftragter Hessen, bei der Übersendung seines Berichts auf Rechtsanwälte beziehungsweise Strafverteidiger hingewiesen; sie schlagen dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft in geeigneten Fällen nämlich häufig vor, an welche gemeinnützige Einrichtung ihr

Mandant eine Zahlung zu leisten bereit ist, damit das Verfahren eingestellt wird, und die Justiz folgt solchen Vorschlägen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung in der Regel gern. Der Vorsitzende wird für den Berliner Bereich hierzu mit der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V. in Kontakt treten.

Außerdem wird der 1. Geschäftsführer die ohnehin üblichen schriftlichen Mitteilungen über Zahlungseingänge künftig nicht mehr an „die Staatsanwaltschaft“ oder „das Amtsgericht“, sondern an den verfügbaren Staatsanwalt oder erkennenden Richter persönlich senden und dabei ergänzend Programme oder Projekte aus dem jeweiligen Landgerichtsbezirk benennen, die aus unseren Mitteln gefördert werden konnten. Möglicherweise lassen sich auf diesem Weg eines „Feedback“ die Ziele der ISVK und ihr Bedarf an Zuweisungen von Zahlungsaufgaben im Bewusstsein der Entscheidungsträger besser verankern.

Außerhalb der Sitzung des Gesamtvorstandes ließ das von Jörg Scheibe entworfene Rahmenprogramm den Teilnehmern genügend Raum, die Stadt Jena auf eigene Faust zu erkunden; als gemeinsame Erlebnisse werden uns das Café „Stilbruch“ in der historischen Wagnergasse, der grandiose Rundblick von der Aussichtsplattform des Intershop Tower, der Stadtrundgang unter sachkundiger Führung, der traditionsreiche „Zug der Jenaer Geister“ und das Abschlussessen im Panoramarestaurant „Wilhelmshöhe“ hoch über dem Tal der Saale jedenfalls lange in allerbesten Erinnerung bleiben.

ISVK-MITGLIEDERINFORMATION MIT NEUEM KOPF – ELEKTRONISCHER „NEWSLETTER“ BRAUCHT IMMER NOCH ABONNENTEN

Die aktuellste Modernisierung unserer Mitgliederinformation bleibt den Beziehern der gedruckten Ausgabe noch eine Weile verborgen; denn der überarbeitete und unserem neuen Corporate Design angepasste Kopf unserer Zeitschrift wird von dieser Ausgabe an erst einmal nur in der Onlineversion verwendet, bis der Bestand an „alten“ Mantelbögen aufgebraucht ist.



Der Unterschied zwischen dem „alten“ (oben) und dem „neuen“ (unten) Kopf unserer Mitgliederinformation erschließt sich eher dem Onlinebezieher als dem Leser der in Schwarzweiß kopierten Druckausgabe. Grafik (unten): Gerhard Axmann, Berlin

gehen! (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Online-Forschung [AGOF] e.V., Frankfurt am Main, März 2008) – Wir würden uns also weiterhin über jeden freuen, der sich mit einer kurzen E-Mail mit dem **Betreff** „Newsletterbestellung“ an post@isvk.de für diese kostengünstigere Versandart entscheidet; denn in der gegenwärtigen Phase äußerst knapper Mittel hilft uns jeder eingesparte Euro!

Zur Sicherheit sollte der Text der E-Mail auch die **Mitgliedsdaten** (Name – bei mehreren Mitgliedern unter einer Zustellanschrift alle Namen – und Anschrift) enthalten, da E-Mail-Adressen den zugehörigen Absender bisweilen nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

Übrigens nutzen nun schon 50 unserer gegenwärtig 185 Mitglieder – das sind immerhin bereits 27 Prozent – die seit einem Jahr gebotene Möglichkeit des elektronischen Bezugs der Mitgliederinformation; sie ersparen dem Verein alljährlich ansehnliche 70 € Portokosten!

Es könnten aber bestimmt noch mehr sein; denn bei über 41 Millionen Internetnutzern in Deutschland – das sind fast 64 Prozent der über 14-jährigen Wohnbevölkerung – dürfte es etliche weitere Mitglieder geben, die unsere Mitgliederinformation zwar elektronisch beziehen könnten, sich jedoch aus irgendwelchen Gründen noch immer nicht dazu durchgerungen haben.

Selbst der vermutlich etwas höhere Altersdurchschnitt unserer Mitglieder könnte eigentlich keine Hürde sein, wo doch nun schon 60 Prozent der 50- bis 59-Jährigen und ein Viertel der über 60-Jährigen als so genannte „Silver Surfer“ online gehen!

Projektförderung

STOP-STALKING: „PRÄVENTION BEDEUTET, DAFÜR ZU SORGEN, DASS DER TÄTER AUFHÖRT“



Dipl.-Psychologe Wolf Ortiz-Müller, Krisen- und Beratungsdienst (KUB) e.V., und Polizeipräsident Dieter Glietsch stellten am 23. April 2008 in Berlin das bundesweit bisher einzigartige täterorientierte Beratungsprogramm Stop-Stalking vor. Das Projekt richtet sich an „Menschen, die stalken“ und unter diesem als zwanghaft empfundenen Verhalten leiden oder es als Irrweg erkennen und ändern möchten. Stalkerinnen oder Stalker, die an einer behandlungsbedürftigen Psychose oder Suchterkrankung leiden oder denen die Bereitschaft zur Verhaltensänderung fehlt, sind vom Beratungsprojekt ausgeschlossen. Die Polizei, zu deren Präventionskräften intensive Kontakte bestehen, führte Stop-Stalking einen beträchtlichen Anteil seiner bisherigen Klientel zu.

Wie der Polizeipräsident in seiner Eröffnungsansprache darstellte, ist Stalking erst seit dem 1. April 2007 mit der Einfügung des neuen § 238 StGB (Nachstellung) in das Strafgesetzbuch ein eigener Straftatbestand, was die Rechtslage für polizeiliches Einschreiten und strafrechtliche Ermittlungen deutlich verbessert hat. Er erinnerte an die für Betroffene wie auch Polizeiangehörige gleichermaßen unbefriedigende Situation in früheren Jahren, als die Polizei dem Opfer womöglich noch sagte „Eigentlich ist ja noch gar nichts passiert...“ oder – nachdem Problembewusstsein und Opferschutzüberlegungen geweckt waren – hilfsweise auf Tatbestände wie Beleidigung, Körperverletzung, Nötigung oder Bedrohung zurückgreifen musste.

Die Berliner Polizei erfasst Stalking als Verstoß gegen § 238 StGB erst seit dem 1. Juli 2007 kriminalstatistisch zu einem eigenen Straftatenschlüssel; allein im zweiten Halbjahr 2007 wurden hier 825 solcher Fälle angezeigt, von denen 205 Fälle der „Häuslichen Gewalt“ zuzurechnen waren. Angesichts der zumeist gravierenden Folgen für das Opfer begrüßte der Polizeipräsident das neue kostenlose Beratungsangebot, das sich dem Täter widmet, als wichtigen Beitrag zur Prävention; denn „Prävention und Opferschutz bedeuten, dafür zu sorgen, dass der Täter aufhört“.

Polizeihauptkommissar Henry Maiwald, Präventions- und Ermittlungsteam des Polizeiabschnitts 41 im Nordteil von Schöneberg, schilderte in seinem engagierten Fachvortrag einige – teils skurrile – Praxisbeispiele zum Stalking, die polizeiliche Herangehensweise an solche Fälle sowie insbesondere die Vorbereitungen, den Ablauf und die Wirkung einer „Gefährderansprache“. Die Reaktionen des zumeist männlichen Täters fallen ganz unterschiedlich aus; sie reichen von Betroffenheit – weil er das Bedrohungsgefühl seiner Zielperson weder kannte noch wollte – mit Entschuldigung beim Opfer und sofortiger Verhaltensänderung über Einsicht und Inanspruchnahme des Beratungsangebots von Stop-Stalking bis hin zu beharrlicher Uneinsichtigkeit.

Nach einem ersten Resümee des Projektverantwortlichen, Dipl.-Psych. Wolf Ortiz-Müller, ist Stop-Stalking in der Trägerschaft von KUB e.V. ein vielversprechender Beitrag zur täterorientierten Gewaltprävention; eine Auswertung der bisherigen Beratungen lässt einen hohen Anteil positiver Verhaltensänderungen erwarten, obwohl Stop-Stalking keine Bescheinigungen über die freiwillige Teilnahme am Beratungsprogramm ausstellt und schon von daher keinen Einfluss auf den Ausgang eines etwaigen Ermittlungs- oder Strafverfahrens nehmen kann.



Die ISVK hat die Hälfte der Produktionskosten für den Informationsflyer zum Stop-Stalking-Beratungsangebot übernommen. Dieses Projekt von KUB e.V. ist im Internet unter www.stop-stalking-berlin.de ausführlich nachzulesen, unter www.stop-stalking-berlin.de/index.php?id=23 steht der Flyer zum Download bereit. Die Beratungsstelle in der Albrechtstraße 7, 12165 Berlin (nahe Rathaus Steglitz), ist montags bis freitags von

9 bis 15 Uhr persönlich oder telefonisch (030 39790898) sowie unter info@stop-stalking-berlin.de per E-Mail zu erreichen; künftig soll auch noch eine Onlineberatung angeboten werden.